

Vergabep Praxis für Plätze an Mainzer Gymnasien; Anfrage Nr. 66/2007 der Stadtratsfraktion von ödp/Freie Wähler zur Sitzung des Stadtrats am 21.03.2007

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zunächst ist zum Aufnahmeverfahren nach dem rheinland-pfälzischen Schulgesetz grundsätzlich zu sagen, dass über die Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers an einer Schule alleine die Schulleitung entscheidet. Sie wird dabei unterstützt durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) als vorgesetzte Schulaufsichtsbehörde in Neustadt a. d. W. Überschreitet die Zahl der angemeldeten Schülerinnen und Schüler die vorhandene Aufnahmekapazität, so sind nach Aussage der ADD die Schulleiterinnen und Schulleiter gehalten, ein Auswahlverfahren durchzuführen. Der Schulträger Stadt Mainz hat im Aufnahmeverfahren keine direkten Zuständigkeiten.

Aus den genannten Gründen kann die Verwaltung die vorliegende Anfrage nur teilweise (Frage 3) beantworten. Die Fragen 1, 2 und 4 werden zur Beantwortung an den Sprecher der Mainzer staatlichen Gymnasien und die ADD weitergereicht. Die Verwaltung wird die Antworten den Stadtratsfraktionen schriftlich zuleiten. Außerdem wird in der nächsten Sitzung des Schulträgersausschusses zum Thema ein entsprechender Bericht vorgelegt.

Zu den Rahmenbedingungen bei der Vergabe von Schulplätzen ist festzustellen, dass es im o.g. Aufnahmeverfahren Aufgabe der ADD ist, bei Kapazitätsproblemen die Gespräche zwischen den Schulleitungen und den kommunalen Schulträgern zu koordinieren. Da in Mainz seit Jahren die Zahl der Anmeldungen die Kapazitäten überschreitet, ist diese sogenannte „Schülerlenkung“ unverzichtbar. Schon in den vergangenen Jahren sind viele Anmeldungen aus Rheinhessen und Hessen an Mainzer staatlichen Gymnasien nicht berücksichtigt worden, ohne dass es, wie in diesem Jahr, zu einer breiten Diskussion gekommen ist.

Der Schulträger Stadt Mainz, die ADD und die Schulleitungen der staatlichen Mainzer Gymnasien hatten sich für das laufende Schuljahr 2006/2007 auf eine maximale Aufnahmekapazität von 30 Klassen à 30 Schüler plus eine Klasse der Hochbegabenschule und für das kommende Schuljahr 2007/2008 auf 29 Klassen à 30 Schüler plus eine Klasse der Hochbegabenschule verständigt. Das entspricht einer Zahl von ca. **870 Schülern** im laufenden Anmeldeverfahren.

Nach Aussagen der Schulen lagen insgesamt 1.012 Anmeldungen vor, davon **aus Mainz ca. 645** Anmeldungen (= 64 %). Dies bedeutet, dass die Kapazität an den Mainzer staatlichen Gymnasien derzeit ausreicht, um alle Mainzer Anmeldungen zu berücksichtigen. **Die Stadt Mainz hat also kein Problem mit der Eigenversorgung, sondern ein Einpendlerproblem.** Dies gilt sowohl für das rheinland-pfälzische Hinterland (123 = 13 % der vorliegenden Anmeldungen), vor allem aber für Hessen (245 = 24 % der Anmeldungen; davon 7 % aus AKK, 17 % aus dem übrigen Hessen).

Schon in den vergangenen vier Jahren haben sich deshalb die verantwortlichen Schulleitungen der Mainzer staatlichen Gymnasien und die Schulaufsicht beim Aufnahmeverfahren von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

Jedes an einem Gymnasium angemeldete rheinland-pfälzische Kind erhält in dieser Schulart einen Platz. Diese Garantie kann jedoch nicht für die im Einzelfall jeweils gewünschte Schule gelten, wenn dort nicht genügend Schulraum zur Verfügung steht. Das kann z. B. auch für ein

Kind aus dem Landkreis Mainz-Bingen bedeuten, dass es keinen Platz an einem Gymnasium in Mainz bekommt. Anmeldungen aus den rechtsrheinischen Gebieten (AKK und sonstiges Hessen) werden nur dann berücksichtigt, wenn dies die Kapazität an den rheinland-pfälzischen Gymnasien zulässt.

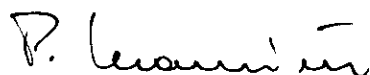
Der Schulträger Stadt Mainz hatte die Schulleitungen und die ADD darum gebeten, die traditionellen Beziehungen zu den AKK-Gemeinden besonders zu beachten und Schüler aus diesem Bereich gleichgestellt mit Schülern aus dem rheinhessischen Hinterland aufzunehmen. Dies konnte im Schuljahr 2006/2007 noch erreicht werden, in der diesjährigen Anmeldeperiode aber nicht mehr in der gleichen Größenordnung, da der Zulauf aus Mainz zu den Gymnasien zugenommen hat. Nach ersten Einschätzungen der Gymnasien wird die Übergangsquote in Mainz zum Gymnasium bei ca. 70 % des Jahrgangs liegen. Im vergangenen Jahr waren dies noch ca. 55 %. Andererseits ist die Quote „Anmeldungen aus Mainz“ zu „Gesamtkapazität der Aufnahmemöglichkeit an Mainzer staatlichen Gymnasien“ aber so aussagekräftig, dass es dem Schulträger Stadt Mainz in seiner bekannten finanziellen Lage nicht zugemutet werden kann, für Einpendler Schulen zu bauen, die nach ca. sechs bis acht Jahren wieder leer stehen. Hier sind die betroffenen anderen Schulträger aufgefordert, ihre Hausaufgaben so zu machen, wie das z. B. der Landkreis Mainz-Bingen, wenn auch mit Verzögerung, getan hat.

3. *Welche Vereinbarungen gibt es mit der Stadt Wiesbaden bezüglich des Schulbesuchs von Kindern aus den AKK-Vororten? Beeinhalten diese Vereinbarungen auch Ausgleichszahlungen und wenn ja, in welcher Höhe? Gibt es hier in 2007 Veränderungen gegenüber den Vorjahren?*

Es gibt keine Vereinbarungen zwischen den Städten Wiesbaden und Mainz bezüglich der Gastschüler. Die Möglichkeit, Gastschülerbeiträge zu zahlen, gibt es zwar im hessischen Schulgesetz, ist aber nicht Ländergrenzen übergreifend. Die Verwaltung ist bei entsprechenden Nachfragen, auch bezüglich der sonstigen hessischen Schüler, auf die Regelungen des bundesweit gültigen Länderfinanzausgleichs verwiesen worden. Die Verwaltung sieht aber keine Chance, hier einen speziellen Zuschlag innerhalb des in Rheinland-Pfalz gültigen Finanzausgleichs zu erlangen.

Es muss hier seitens des Schulträgers Stadt Mainz verdeutlicht werden, dass die rechtsrheinischen Schulträger auf die anstehende Zuspitzung im Auswahlverfahren für die Mainzer Gymnasien hingewiesen wurden. Die Verwaltung hat sowohl in der Diskussion um die Schließung eines Gymnasiums in Wiesbaden als auch im Rahmen der Schließung der Oberstufe an der Wilhelm-Leuschner-Schule in Mainz-Kostheim entsprechend nachhaltig interveniert und öffentlich Stellung bezogen. Darüber hinaus sind auch die Eltern, die an den Informationsveranstaltungen der Mainzer Gymnasien teilgenommen haben, auf die kritische Situation hingewiesen worden.

Mainz, 21.03.2007



Peter Krawietz
Beigeordneter